

**Der Salzburger Seniorenbund schlägt  
dem 13. o. Bundesseniorentag  
und der 18. o. Bundeshauptversammlung  
folgenden**

**ANTRAG 6  
(Pflege)**

zur Annahme vor:

Der Österreichische Seniorenbund möge sich für die Umsetzung folgender Forderungen einsetzen:

- 1) Wegfall des Zugriffes auf das Eigenheim und die Wohnung im Pflege- und Betreuungsfall
- 2) Wegfall des Regresses auf die Kinder und Kindeskinde bei Heimunterbringung
- 3) Österreichweite Anhebung des Schonvermögens
- 4) Die künftige Pflegefinanzierung soll Teil des Systems der umfassenden sozialen Sicherheit werden. Die Sozialversicherung würde so zur Pflegeversicherung.



Im November 2007 demonstrierten hunderte Seniorinnen und Senioren mit dem Österreichischen Seniorenbund vor dem Parlament für eine legale 24-Stunden-Betreuung. Jetzt sollen die nächsten wichtigen Schritte folgen!

**Begründung:**

"Wer Pflege braucht, darf nicht enteignet werden".

Schutz des Eigentums und bessere Rahmenbedingungen bei Pflege und Betreuung sind die großen Schwerpunkte für die kommenden Jahre.

Hände weg von den "eigenen vier Wänden".

Für den Seniorenbund gilt nach wie vor der Grundsatz, dass jene Menschen, die sich in einem harten Arbeitsleben einen gewissen Lebensstandard erwirtschaftet haben, die ihren Beitrag zur Solidargemeinschaft durch ihre Steuern und Abgaben geleistet haben, nicht bestraft werden dürfen, wenn sie im Alter Pflege und Betreuung benötigen: "Wir fordern, dass das Eigenheim nicht verkauft und nicht belastet werden muss, wenn man in ein Pflegeheim geht."

Der Seniorenbund bekennt sich dazu, dass die eigenen vier Wände, das eigene Haus, die eigene Wohnung in der Familie weitergegeben und vererbt werden kann. Das haben sich unsere Bürgerinnen und Bürger einfach verdient. In diesem Zusammenhang geht es auch um mehr Ehrlichkeit, denn zur Zeit sind beim Zugriff auf die eigenen vier Wände jene die Dummen, die das Pech hatten, ihr Eigentum nicht früh genug (nämlich in Salzburg fünf Jahre vor dem Gang ins Heim) an ihre Nachkommen zu überschreiben.

In einem zweiten Schritt fordert der Seniorenbund, dass die Anhebung des Schonvermögens (dabei handelt es sich um den Anteil an jenen Ersparnissen, die man trotz stationärer Pflege und Sozialhilfebezug behalten darf) österreichweit auf 10.000 Euro endlich umgesetzt wird. Mit den derzeitigen Beträgen (von zum Beispiel rund 4.500 Euro in Salzburg) können oft nicht einmal die Begräbniskosten abgedeckt werden. Das ist nicht der Umgang mit unseren älteren Menschen, den sich der Seniorenbund vorstellt.

Der Seniorenbund wird auch nicht locker lassen und eine Neuordnung der Pflegefinanzierung einfordern: "Pflege und Betreuung gehören raus aus der Sozialhilfe. Es ist höchste Zeit, dass wir ernsthaft über neue Wege der Finanzierung reden."